



Die Demonstranten marschierten mit ihren bunten Rettungsschirmen in Richtung Bundeskanzleramt.



Fotos (6): Herbert Schlemmer

Für musikalische Unterstützung sorgte die Trommlergruppe Afroka.

SoVD demonstriert anlässlich des Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

„Rettungsschirme für alle!“

Gemeinsam mit dem Berliner Behindertenverband und der Bundesinitiative „Daheim statt Heim“ rief der SoVD Berlin-Brandenburg für den 10. Mai zu einer Demonstration auf. Sie war Abschluss der Aktionen anlässlich des Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Auch in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt trugen SoVD-Mitglieder ihre Forderung nach einer zügigen und umfassenden Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an die Öffentlichkeit.

Unter dem Motto „Rettungsschirme für alle!“ führte die Berliner Demonstration von 11 bis 13.30 Uhr vom Brandenburger Tor zum Bundeskanzleramt. Über 1000 Teilnehmer trugen symbolische Rettungsschirme mit Forderungen bis vor das Bundeskanzleramt und befestigten sie am Zaun des Amtssitzes von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Im Zuge der Demonstration kamen Vertreter von Initiativen von und für Menschen mit Behinderung zu Wort. Aber auch Politiker nahmen teil und unterstützten die Demonstration mit Redebeiträgen. Die Aktion „Rettungsschirme für alle“ war der Abschluss und Höhepunkt des diesjährigen Europäischen Protesttages für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, der am 5. Mai begangen wurde.



Manfred Grönda

SoVD-Präsidiumsmitglied Manfred Grönda brachte die Forderungen in der Auftaktrede auf den Punkt: „Es geht um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Unverzüglich und vollständig. Es geht um Teilhabe. Für alle und jeden. Es geht um gute Arbeit, gutes Wohnen und Barrierefreiheit. Einkommens- und vermögensunabhängig. Es geht um würdevolles, selbstbestimmtes

und diskriminierungsfreies Leben.“ Die Arbeitsmarktzahlen zeigten eine dramatische Zunahme der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen. Dies zeige deutlich, dass schwerbehinderte Menschen vom Aufschwung abgekoppelt würden. „Wir fordern ein flächendeckendes betriebliches Eingliederungsmanagement! Ältere Arbeitnehmer mit Behinderung müssen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes geschützt und junge Menschen verstärkt betrieblich ausgebildet werden“, so Grönda.

In Sachsen-Anhalt forderte der Vorsitzende des Kreisverbandes Anhalt Bitterfeld, Joachim Heinrich, bei einer Podiumsdiskussion anlässlich des Europäischen Protesttages mutige Schritte zur Inklusion.

Protest auch in Schleswig-Holstein

Am 5. Mai versammelten sich in der Kieler Innenstadt gut 300 Bürger, um ihre Stimme zu erheben und der Forderung nach Umsetzung der UN-Behin-

derntenrechtskonvention ein Gesicht zu geben. Neben Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig und dem Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Günter Ernst-Basten, war der SoVD-Landesvorsitzende Sven Picker einer der Hauptredner der Kundgebung.

Picker forderte ein gesellschaftliches Bewusstsein, das jedem Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – den gleichen Stellenwert, die gleichen Chancen und den gleichen Respekt garantiert. Er mahnte die Politik, endlich den Gedanken der Inklusion im Schulsystem, in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt umzusetzen. Unter großem Applaus erinnerte der Landesvorsitzende die politisch Verantwortlichen daran, dass Barrierefreiheit und Teilhabe an der Gesellschaft kein Gnadenerlass, sondern eine rechtliche Verpflichtung sei. Er betonte: „Wir wollen Inklusion nicht in politischen Sonntagsreden hören, sondern Tag für Tag durch entsprechende Handlungen wahrnehmen. Solange dies nicht die Wirklichkeit ist, werden wir weiter für die Rechte von Menschen mit Behinderung kämpfen.“



Michael Wiedeburg (li.) und Hubert Hüppe

Die Demonstranten forderten:

- Politik und Gesellschaft müssen sich endlich stärker für die Belange behinderter Menschen engagieren!
- UN-Behindertenrechtskonvention unter Beteiligung der Betroffenen verwirklichen!
- Gemeinsames Lernen statt schulischer Ausgrenzung!
- Aktive Beschäftigungspolitik für behinderte Menschen ausbauen und die Unternehmen in die Pflicht nehmen!
- Schutzrechte für behinderte Menschen nicht antasten!
- Keine Kürzung der Eingliederungshilfe!
- Berufliche Rehabilitation und Prävention stärken – Frühverrentung vermeiden!
- Soziale Teilhabe behinderter Menschen sichern und individuelle bedarfsdeckende Leistungen gewähren!
- Umfassende Barrierefreiheit umsetzen!



Foto: SoVD Schleswig-Holstein

Der SoVD Schleswig-Holstein zeigte am Protesttag mit einer Kundgebung in der Kieler Innenstadt Flagge.



Die Rettungsschirme wurden vor dem Bundeskanzleramt deponiert.